

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 39/39
Telefax: 0228 46 ppbn d
Telefax: 21 08 04

Inhalt

Björn Engholm zum
100. Geburtstag des
von den Nazis ermor-
deten Widerstands-
kämpfers Julius Leber:
Mut zum Handeln.

Seite 1

Dokumentation

Dr. Manfred Stolpe, Mi-
nisterpräsident von
Brandenburg, wurde
mit dem Carlo Schmid-
Preis ausgezeichnet.
Die Rede, die er bei der
Verleihung hielt, doku-
mentieren wir in zwei
Teilen: Die Lehren des
9. November. (Teil II
und Schluß)

Seite 4

46. Jahrgang / 219

15. November 1991

Mut zum Handeln

Zum 100. Geburtstag des von den Nazis ermordeten
Widerstandskämpfers Julius Leber

Von Björn Engholm *

Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

I.

Wir sind heute in der Gethsemane-Kirche zusammengekommen, um aus Anlaß des 100. Geburtstages eines der Großen in der Geschichte der deutschen Demokratie zu gedenken: Julius Leber.

Die Gethsemane-Kirche war im Herbst 1989 in Berlin das Zentrum der Widerstands- und Oppositionstage. Hier fanden sich die Menschen zu politischen Abendgebeten zusammen. Es waren die ersten Versuche, öffentlich über die Lebenserfahrungen in der DDR zu diskutieren, über eine andere, eine neue, bessere Zukunft nachzudenken. Hier kam es im Frühherbst 1989 zu Mahnwachen und zum Hungerstreik anläßlich zahlreicher willkürlicher politischer Verhaftungen. Die Andachten Anfang Oktober machten immer wieder den Willen deutlich, trotz allem - oder gerade wegen allem - Friedfertigkeit zu üben. Sie endeten mit einem leisen eindrucksvollen: "dona nobis pacem".

Gethsemane-Kirche - dieser Name steht für die Berliner Hochburg des Widerstandes, des Kampfes für Freiheit und Demokratie und der Friedfertigkeit im Herbst 1989. Er markiert einen der hoffnungsvollen Augenblicke in unserer Geschichte. Die Erinnerung daran kann Kraft geben, Selbstvertrauen stärken und Mut machen für vieles, was noch vor uns liegt. Aber nur dann, wenn diese Geschichte lebendig bleibt, wenn wir sie nicht unter der Fülle der Alltagsprobleme begraben.

II.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hatten und haben Anlaß, gegen jedes Verdrängen von Geschichte daran zu erinnern, daß ihr Weg über alle historischen Strecken ein Weg des unbeirrten Ringens um die Demokratie in Deutschland war; auch in der schwersten Zeit, in der Frauen und Männer dafür Freiheit und Leben einsetzen mußten. Julius Leber verkörpert den unbedingten Willen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zur Demokratie wie kaum ein anderer.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

* Björn Engholm trug diese Gedanken am heutigen Freitag auf einer Ge-
denkveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung für Julius Leber in Berlin
vor.

Kundgeber: Umwelts
zu wertvollen Rohstoffen
& recycling-Papier



Der Elsässer Julius Leber kam 1921 als Chefredakteur des "Volksboten" nach Lübeck, wurde im selben Jahr für ein Bürgerschaftsmandat vorgeschlagen, vertrat seit 1924 Lübeck im Reichstag, und war mehrfach 1. Vorsitzender der hansestädtischen SPD.

Er ist ein von seiner Seite geliebter und bejubelter, von den reaktionären gefürchteter und gehäßter Redner mit einer unglaublichen Fähigkeit, Massen zu begeistern. Seine mit "Dr. L." gekennzeichneten Kommentare und Artikel im "Volksboten" sind ebenso scharfsinnige wie -züngige Analysen der politischen Welt, Reichs- oder Stadtereignisse.

Leber entwickelt sich schnell zu einer so unangefochtenen Führungspersönlichkeit, daß man in Lübeck nicht von "der SPD", sondern "der Leber-Partei" spricht.

Von früh an ist Julius Leber ein überzeugter Republikaner und als solcher ein erklärter Gegner totalitärer, insbesondere nationalistischer, rassistischer und faschistischer Ideologie.

1920, noch Leutnant, weigert er sich, der Kapp-Regierung zu dienen und solidarisiert sich stattdessen mit der Arbeiterwehr im Hinterpommerschen - ein eindeutiges Bekenntnis zur neuen republikanischen Ordnung, das sein ganzes Leben prägte.

Mit Nachdruck wendet er sich 1924 gegen den Antrag der Deutschvölkischen in der Bürgerschaft, ein "Schlageter-" Denkmal zu errichten. Leo Schlageter, der den Rechten als "Märtyrer" galt, hatte während der Ruhrbesetzung Anschläge auf Belgier und Franzosen verübt und war dafür von einem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden.

Leber argumentiert, Schlageter sei nichts weiter als ein Opfer nationalistischer Verhetzung. Verhetzung oder Arroganz und Mißachtung anderer hätten mit natürlichem Nationalgefühl nichts zu tun. Die deutsche Arbeiterschaft habe mehr Nationalbewußtsein bewiesen als die ganze rechte bürgerliche Gesellschaft. Denn sie habe in den Schützengräben gesessen. Steuern gezahlt und Not gelitten, als andere Kriegsgewinne einstrichen. Ihr Nationalgefühl beruhe auf der Achtung aller Nationen und gelte der Schaffung eines Weltfriedens, in dem sich Nationen erst gerecht entwickeln und ihre Kulturgüter pflegen könnten.

Es sind dies Einsichten eines Grenzgängers, eines Menschen, dessen Familie die Entscheidung für eine Nation nur mit heftigen Konflikten hatte treffen können. Julius Lebers Schwester hatte 1919 für Frankreich optiert, er selbst entschied sich für Deutschland. Dieses Problem, dessen Härte und Schärfe - so wie sie Julius Leber wohl auch erlebt hat - Rene Schickele in seiner Trilogie "Das Erbe am Rhein" schildert, haben wir mit dem Aufbau der Europäischen Gemeinschaft nach Westen hin praktisch gelöst. Postulat eines "Weltfriedens, in dem sich Nationen erst gerecht entwickeln können", zu verwirklichen, gerade erst begonnen.

Julius Leber hat Ablehnung, Haß und Verleumdung schon lange vor dem Ende der 1. Republik erfahren. Er gilt der Rechten als "Landfremder", und sie droht ihm während der Schlageter-Debatte, "daß eines Tages die Stunde kommen werde...".

Als er 1926 die Frage der Einbürgerung der Juden in die Bürgerschaft bringt, hält ihm die Rechte hämisch vor, so könne nur jemand votieren, der selbst Jude sei; wer sonst könne bei Juden von "Mitbürgern" reden.

Und 1930 droht ein NS-Abgeordneter in der Bürgerschaft: "Es kommt noch einmal die Stunde, wo wir an Ihre Tür klopfen werden mit den Worten: Herrn Dr. Leber, es ist soweit." Vor der Rathaus-Tür formulierte der braune Mob es klarer: "Zwei Stunden nach unserem Sieg hängt Leber auf dem Marktplatz!"

Von da an nimmt der Druck der Nazis in Lübeck von Monat zu Monat zu. Am 31. Januar 1933 wird Leber nachts auf dem Nachhauseweg von SA-Leuten überfallen; die Leber begleitenden Reichsbannerleute verteidigen ihn und verletzen einen Angreifer tödlich. Leber wird verhaftet, nach einem Generalstreik der gesamten Lübecker Arbeiterschaft vorübergehend entlassen - und am 23. März 1933 erneut inhaftiert.

Im Mai 1937 wird Julius Leber nach Schutzhaft, Untersuchungshaft, Strafhaft und Konzentrationslager entlassen. Was nun folgt, ist der Widerstand. Darüber wird Willy Brandt sprechen.

Für mich gehört das Bild Julius Lebers, wie er von dem Volksgerichtshof steht, aufrecht, ungebeugt, die Hände in die Revers seiner Jacke gegriffen, die Blutrichter fixierend, zu den eindrucksvollsten politischen Bildern, die ich kenne. Es widerspiegelt jene menschliche und politische Größe, die Julius Leber zum zeitlosen Vorbild macht. Wer dieses Bild sieht, wer die Tiraden Freislers gehört hat, wer dann weiß, daß dem Volksgerichtshof bis heute die Eigenschaft, ein ordentliches Gericht gewesen zu sein, nicht aberkannt wurde, der weiß, wie recht Gustav Heinemann hatte, als er in seiner ersten Rede als Bundespräsident sagte: "Es gibt schwierige Vaterländer. Eines davon ist Deutschland. Aber es ist unser Vaterland."

III.

Julius Leber ist nach dem Scheitern der Weimarer Republik mit seiner Partei hart ins Gericht gegangen. Er wollte sich nicht damit abfinden, daß seine Partei sich in vergangenheitsorientierten Denk- und Handlungsgewohnheiten einzurichten begann, die in veränderter Zeit als Barrieren wirkten und Kräfte lähmten.

Seine Partei sollte sich zur Gesellschaft öffnen, sollte sich ohne Vorurteile, überholte Formeln und Rituale jenen Gruppen zuwenden, die im gesellschaftlichen und politischen Leben eine wachsende Rolle zu spielen begannen, die aber im ursprünglichen Entwurf sozialdemokratischer Politik nicht vorgesehen waren: die bürgerliche Intelligenz. Er wollte seiner Partei einen Weg aus dem selbstgewählten gesellschaftlichen "Ghetto" weisen.

Er wollte keine schärfere "rechts" oder "links" konturierte, sondern eine vorurteilslose Partei, die sich nicht von der Gesellschaft abkapselte, sondern in ihr lebt und wirkt. Und die daraus das Selbstvertrauen gewinnt, mit originellen und dynamischen Ideen und Taten das Gesetz des Handelns, die sozialen und politischen Stimmungen der Gesellschaft zu prägen und all denen Ansporn zu sein, die auf eine bessere Zukunft hofften und bereit waren, dafür zu handeln.

Aus heutiger Sicht ist noch deutlich erkennbar, wie sehr Lebers Kritik ins Schwarze traf. Je mehr sich die Gesellschaft und die Arbeitnehmerschaft in ihr differenzierten und vielgestaltiger wurden, um so mehr galt es und gilt es für die Sozialdemokratie, sich zu öffnen, das Neue her einzulassen und aufzunehmen und daraus die Kraft zu gewinnen, Menschen, Interessen und Ideen zusammenzuführen und überzeugend Wege gemeinsamen Handelns zu weisen und auf ihnen selbst voranzugehen.

IV.

Leber sah deutlicher als andere, daß seine Partei, die Begeisterung wecken will, nicht allein den Verstand ansprechen darf. Dieser Mangel seiner Partei schien Leber zurecht der schmerzlichste, weil er sie das Vertrauen und die Zuwendung der Jugend kostete:

"Sie wußte zuletzt nichts mehr von den Träumen und triebhaften Leidenschaften in der unendlichen Tiefe von Millionen, viel mächtiger als alle Worte und Lehren, als alle Symbole und Programmpunkte".

Seine Botschaft, daß eine demokratische, eine sozialdemokratische politische Kultur keine reine Verstandeskultur sein dürfe, wolle sie nicht ins Abseits geraten, bleibt gültig.

Leber war zu einer Zeit, als das Wort von Dolf Sternberger noch nicht geprägt war, ein großer "Verfassungspatriot". Gegen den Strom seiner Zeit warb er in der Sozialdemokratie für ein unverkrampftes Verhältnis zum "Vaterland". Er wußte und mahnte: Nur im demokratischen Staat

mit einer gerechten Sozialordnung wird sich ein positives Nationalbewußtsein der Arbeiterschaft entwickeln können.

"Man kann dem Volke Angst einjagen mit allen möglichen Mitteln, Liebe aber wächst nur durch Menschlichkeit und Gerechtigkeit. Und ohne Liebe gibt es eben kein Vaterland."

Das liest sich wie ein Kommentar zu den oft irrlüthhaften Debatten um einen neuen Nationalismus in Europa heute. Eine Nation, die Zuneigung verdient und auf Dauer erhalten kann, gedeiht nur dort, wo Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung gesichert sind.

Wir ehren Julius Leber. Sein Beispiel verpflichtet uns über die Generation hinweg. Sein Leben gibt uns die Gewißheit, daß die Unmenschlichkeit, auch wenn sie sich noch so dreist einrichtet, nicht dauern kann, weil sich Frauen und Männer finden, die für die Wahrung der menschlichen Würde den letzten Einsatz nicht scheuen.

(-/15. November 1991/rs/fr)

DOKUMENTATION

Manfred Stolpe: Die Lehren des 9. November (Teil II)

Der Ministerpräsident von Brandenburg, Dr. Manfred Stolpe, hielt anläßlich seiner Auszeichnung mit dem Carlo Schmid-Preis am 9. November 1991 in Mannheim eine Rede, die wir in zwei Teilen dokumentieren. Der Carlo Schmid-Preis wird von der nach diesem Politiker benannten Stiftung verliehen; ihr Vorsitzender ist der SPD-MdB Siegmur Mosdorf. Die Laudatio von Hans-Jürgen Wischnawski veröffentlichten wir am Dienstag und Mittwoch dieser Woche.

3.

Carlo Schmid war ein Europäer. Herkunft, Neigung und die politischen Möglichkeiten der damaligen Bundesrepublik brachten es mit sich, daß er insbesondere als Mittler und Dolmetscher zu unserem westlichen Nachbarn Frankreich tätig werden konnte. Hans-Jürgen Wischnawski hat erinnert, wie sehr ihm ebenfalls am Herzen lag, daß die Deutschen in ein konstruktives Verhältnis zu ihren Nachbarn im Osten Europas kommen. Hier sind nun besonders wir gefordert, hier liegt eine unserer Chancen.

Brandenburg hat eine 180 Kilometer lange Grenze zu Polen. Die Bürger beider Staaten können sie ohne Visum überschreiten, und sie tun das in großer Zahl. Die vielfältigen Möglichkeiten der Begegnung wollen wir fördern und nutzen, damit sie beide Völker bereichert. Wir konnten erreichen, daß das deutsch-polnische Jugendwerk in Brandenburg seinen Sitz nimmt. Vor wenigen Wochen haben wir gemeinsam mit dem polnischen Bildungsminister in Frankfurt an der Oder eine Europa-Universität gegründet. Nicht nur aus Polen, auch aus anderen Ländern Osteuropas kommt der Wunsch, daß dort zum Beispiel europäisches Recht und die Sprachen des Kontinents gelehrt werden, natürlich auch Französisch.

Konrad Adenauer hat einmal bissig gemeint, hinter der Elbe fange eben Sibirien an. Ich bin längst dazu gekommen, das positiv zu wenden: Wir sind das Land, das den Weg nach Osten öffnet. Wir sind die Adresse, die man braucht, wenn man mit denen zu tun haben will, die hinter Deutschland oder vor Deutschland liegen.

Deshalb sehen wir es als eine unserer Aufgaben und Chancen an, daß wir mit den polnischen Wojewodschaften am anderen Ufer der Oder zusammenarbeiten und das Odergebiet zu einem Raum deutsch-polnischer Kommunikation machen. Die Zahl der Grenzübergänge zu vermehren und den Verkehr von der ständigen Gefahr des Infarktes zu befreien, tut es allein nicht. Wir streben eine besondere Wirtschaftszone an. Daß sich beiden Seiten gemeinsame Umweltaufgaben stellen, um die Oderlandschaft zu erhalten und doch dem Tourismus Raum zu geben, versteht sich. Eine wichtige Sache ist, die Kenntnis der Sprache des Nachbarlandes zu fördern. Wir bringen in den ostdeutschen Ländern aus der vorherigen Geschichtsperiode dazu ein nützliches Erbe mit. Jeder Schüler hat zumindest Grundkenntnisse einer slawischen Sprache erworben. Das wollen wir pflegen und erhalten.

4.

Europa steht vor der Chance und der Aufgabe, sich selber kennenzulernen. Doch die politische, wirtschaftliche und kulturelle Herausforderung, die sich aus dem Verschwinden des zentralistischen Zwangssystems im Osten ergibt, birgt auch die Gefahr in sich, daß die den nördlichen Industrienationen auferlegte Verantwortung für die Weltentwicklung im Bewußtsein und politischen Handeln der Europäer zu stark in den Hintergrund tritt. Als kürzlich in Berlin eine von 27 europäischen Ländern beschickte Ministerkonferenz Maßnahmen zur Eindämmung illegaler Einreisen erörterte, hieß ein Presse-Urteil: Die Festung probt die Abschottung!

Mir scheint es sehr wichtig, bei der notwendigen Konzentration auf die Lösung von Problemen in Europa von vornherein zu versuchen, den negativen Aspekt für die übrige Welt zu vermeiden. Um beim Beispiel zu bleiben: Es ist fraglos nötig, der illegalen Einwanderung Riegel vorzuschieben. Aber es ist ebenso nötig, die legale Einwanderung in den Blick zu nehmen und uns um ein konstruktives Steuerungssystem für Wanderbewegungen zu bemühen.

Im Weltvergleich gehören auch die meisten der zur Zeit mit massiven Wirtschaftsproblemen kämpfenden Staaten Osteuropas zu den reichen Ländern der Erde, von Westeuropa gar nicht zu reden. Deshalb ist es eine vorrangige Aufgabe, wo immer möglich, zur Besserung der Lebensverhältnisse in den wirklich armen Ländern dieser Welt beizutragen. Hierfür sollten weitere Ressourcen erschlossen werden. Möglichkeiten dafür bietet gewiß auch die anstehende Rüstungskonversion. Doch realistischerweise müssen wir damit rechnen, daß dies nur sehr unzureichend gelingt, und daß für nicht absehbare Zeit große Zahlen von Menschen nach Europa streben werden, um dem Elend zu Hause zu entgehen.

Zumindest die Staaten der Europäischen Gemeinschaft und der Länder, die sich ihr anschließen oder assoziieren wollen, stehen damit vor der Aufgabe, eine gemeinsame Flüchtlings- und Einwanderungspolitik zu entwickeln. Die Abwehr der unkontrollierten Zuwanderung von Menschen, die wir bei uns nicht aufnehmen können oder wollen, ist eine Seite. Die andere Seite ist die Verständigung darüber, wem und wievielen wir die Grenzen für einen zeitweisen oder auch dauerhaften Aufenthalt bei uns öffnen und welche Lebensmöglichkeiten wir diesen Menschen dann bieten. Dazu gehört natürlich die Harmonisierung der entsprechenden Bestimmungen der europäischen Länder, wobei sich die Orientierung an der Genfer Flüchtlingskonvention empfiehlt. Aber auch eine Diskussion darüber, welche Zuwanderung die europäische Wirtschaft verkraften kann, wieviel und welche Menschen von außerhalb sogar gebraucht werden, muß ohne Angst auszulösen möglich werden.

Welche Maßnahmen immer ergriffen werden, welche politischen Wunschvorstellungen wir im einzelnen haben mögen, ich bin überzeugt: Wir Deutschen und wir Europäer müssen uns darauf einstellen, daß die Weltsituation uns Jahr für Jahr einen kräftigen Zustrom von Menschen ganz anderer und unterschiedlicher Kulturen bringt. Die Zeit, in der die Nationen unter sich leben konnten, ist unwiderbringlich vorüber. Dies sollten wir uns und unseren Mitmenschen nüchtern vor Augen halten. Dann lassen sich Chancen herausfinden für uns und andere.

Ich habe hier keine Rezepte für eine europäische Flüchtlings-, Asyl- und Einwanderungspolitik vorzulegen. Aber im Zusammenhang des politischen Stils, den Hans-Jürgen Wischniewski angesprochen hat, sollen wir uns klar machen: Objektive Probleme lassen sich nicht durch Schuldzuweisungen aus der Welt schaffen. Sie eignen sich nicht als Instrumente im Wettbewerb der Parteien um Wählergunst. Alle an der politischen Diskussion Beteiligten sollten bewußt den Eindruck vermeiden, als ließe sich das Flüchtlingsproblem durch diese oder jene politische Entscheidung oder gesetzliche Regelung aus unserer Welt schaffen.

Für den Umgang mit Problemen dieser Größenordnung sind wir auf ein möglichst breites Problembewußtsein der Bürger angewiesen. Deshalb wäre es gut, Fixierungen zu vermeiden, die zur Problemlösung untauglich geworden sind. Wohl steht es dahin, ob und wann wir in Deutschland uns auf eine aktive Einwanderungspolitik verständigen werden. Aber es wird nötig, das Problem in den Blick zu nehmen. Deshalb sollten Politiker bewußt auf den Satz verzichten: Deutschland ist kein Einwanderungsland. Er hilft nicht. Und er befördert politische Verweigerung bei Bürgern, die gefährliche und von niemandem gewünschte Folgen haben kann, wie wir das ja gegenwärtig erleben.

Bitte sehen Sie mir nach, daß ich die Gelegenheit genutzt habe, Ihnen etwas von meinen Hoffnungen und Sorgen vorzutragen. Nehmen Sie das als den Versuch eines konkreten Dankes für den Carlo-Schmid-Preis und meine Absicht, mich in die Tradition zu stellen und sie aktiv mit weiterzuführen, die Sie mit der Stiftung dieses Preises lebendig halten wollen. Ich danke Ihnen.

(-/15. November 1991/rs/fr)
